



STÄDTETAG  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Pressespiegel  
Städtetag Baden-Württemberg  
erstellt am 14.04.2016

- Ein Service der PMG Presse-Monitor GmbH -

Nutzungshinweis:

Dieser Pressespiegel ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Aus urheberrechtlichen Gründen ist eine Verbreitung an Dritte und Speicherung über vier Wochen hinaus nicht gestattet - nach Ablauf dieser Frist ist der Pressespiegel vom Empfänger vollständig zu löschen.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Quelle/Titel</b>	<b>Seite</b>
Badische Zeitung Freiburg/Südlicher Breisgau vom 13.04.2016, Seite 7 Flüchtlinge auf Wohnungssuche . . . . .	3
Badisches Tagblatt vom 13.04.2016, Seite 6 Günstiger Wohnraum gefragt . . . . .	5
Die Oberbadische Lörrach Stadt vom 13.04.2016, Seite 7 Neue Wege gegen die Wohnungsnot . . . . .	7
Pforzheimer Zeitung vom 13.04.2016, Seite 11 Flüchtlinge auf Wohnungssuche . . . . .	9
Rhein-Neckar-Zeitung - Heidelberger Nachrichten vom 13.04.2016, Seite 20 „Wir müssen nicht billig und schnell bauen“ . . . . .	11
Stuttgarter Nachrichten - Stadtausgabe vom 13.04.2016, Seite 5 Flüchtlinge ohne Wohnung: Städte suchen Lösungen . . . . .	14
Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe vom 13.04.2016, Seite 5 Wohnungsbau soll Schwerpunkt werden . . . . .	15
Südwest Presse vom 13.04.2016, Seite 6 Kasernen sind keine Dauerlösung . . . . .	16
badische-zeitung.de vom 12.04.2016, Seite Online 12.04.2016, 22:03 Uhr Flüchtlinge auf Wohnungssuche . . . . .	19

**Autor:** Wolfgang Risch [xnyw/51-116214550]

**Gattung:** Tageszeitung

**Seite:** 7 bis 7

**Jahrgang:** 2016

**Ressort:** Land und Region

**Auflage:** 11.043 (gedruckt)  
10.364 (verkauft)  
10.550 (verbreitet)

**Ausgabe:** Hauptaussgabe

**Reichweite:** 0,03 (in Mio.)

## Flüchtlinge auf Wohnungssuche

Städtetag fordert von künftiger Landesregierung, das Thema Wohnen zentral in einem Ministerium zu bündeln

Von Wolfgang Risch und dpa

HEIDELBERG. Viele Flüchtlinge leben in Kasernen, doch das ist keine Dauerlösung. Die Städte brauchen nun noch mehr günstigen Wohnraum – und zwar schnell. Und sie beklagen Versäumnisse.

Dass eine unglaubliche Dynamik in die Diskussion um den Wohnungsbau gekommen ist, liege schlicht daran, „dass vergessen worden ist, Wohnungen zu bauen“. Die kürzlich im Amt bestätigte Fellbacher Baubürgermeisterin Beatrice Soltys monierte am Dienstag bei einem Forum des Städtetags Baden-Württemberg in Heidelberg, dass jährlich 80000 Wohnungen im Land gebraucht, aber nur 35000 gebaut würden. Experten warnen davor, dass sich die Not durch Flüchtlinge auf Wohnungssuche verschärft. Ende Oktober 2014 hatten laut einer Studie des Sozialministeriums 22789 Menschen im Südwesten keine feste Unterkunft.

Auf der Tagung mit dem Schwerpunkt Flüchtlingshilfe sagte die Hauptgeschäftsführerin des baden-württembergischen Städtetags, Gudrun Heuteblum, dass die Städte im Land trotz aller Schwierigkeiten die Herausforderung meistern würden. Gleichwohl meinte die frühere Lörracher Oberbürgermeisterin auch mit Blick auf die künftige Landesregierung, dass das Thema nicht mehr hin- und hergeschoben werden dürfe. Es müsse sich in einem Ministerium mit dem Schwerpunkt Wohnen niederschlagen. Trotz aller Erfolge, sagte auch der Heidelberger Sozialbürgermeister Joachim Gerner, seien in der Frage der Flüchtlingsunterbringung bisher „nur Etappenziele erreicht“.

Flüchtlingsunterkünfte in ehemaligen Kasernen einzurichten sei nur eine kurzfristige Lösung, sagte der Dortmunder Stadtplaner und Architekt

Franz Pesch. Er forderte ein Konzept für ebenso preiswerten wie bezahlbaren Wohnraum. „Es war ein Fehler, den sozialen Wohnungsbau einzuschränken“, sagte Pesch, diese Politik räche sich jetzt.

Eine vorläufige schnelle Unterbringung der Flüchtlinge und langfristige Lösungen im Wohnungsbau seien nur schwer unter einen Hut zu bringen, betonte Matthias Müller vom Freiburger Rechtsamt. Das gelte für die Städte Freiburg und Heidelberg gleichermaßen, die „Spitzenreiter in teurem Wohnen“ seien. In Freiburg komme noch die geografische Lage hinzu. „Aber wir sind auf vielen Wegen unterwegs“, versicherte Müller. Man dürfe die Problematik nicht auf die aktuelle Situation reduzieren, mahnte Heidelbergs Bürgermeister Gerner. „Wenn die Menschen angekommen sind, sind sie keine Flüchtlinge, sondern Neubürger, die bezahlbaren Wohnraum suchen.“ Nicht Großzeltlager seien die Lösung, sondern eine dezentrale Unterbringung.

Integration verlange nach neuen Wegen des Wohnungsbaus, forderte Pesch. Beatrice Soltys, auch stellvertretende Vorsitzende der baden-württembergischen Architektenkammer, bestätigte, dass das Planungsrecht im Südwesten Zwischenlösungen bedinge. Es sei ein Kampf gegen die Paragrafenschungel, sie könne nur mit Neid nach Rheinland-Pfalz schauen. Pesch nannte als preiswerte Möglichkeit die Modellbauweise auch bei Mehrfamilienhäusern. Diese ermögliche eine weitere Kostensenkung, indem die Gebäude nicht vollendet, sondern von den Bewohnern selbst fertig gebaut würden. So entstünde preiswerter Wohnraum.

Soltys verwies darauf, dass die Problematik nicht auf die aktuelle Flüchtlingssituation verkürzt werden dürfe. Sie verwies auf das Ergebnis einer am gleichen Tag veröffentlichten Studie, wonach ab dem Jahr 2030 jeder zweite Rentner unter Altersarmut leide.

**Abbildung:**

Ein Flüchtling in ehemaliger Kaserne FOTO: dpa

**Fotograf:**

Felix Käpstele

**Wörter:**

447

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH

**Seite:** 6**Ausgabe:** Badisches Tagblatt - Badener Tagblatt, Hauptausgabe**Ressort:** Blick ins Land**Gattung:** Tageszeitung

## Günstiger Wohnraum gefragt

### Flüchtlinge auf Wohnungssuche: Städte ringen um Lösungen

*Heidelberg (lsw)* – Der Städtetag fordert von der künftigen Landesregierung einen Schwerpunkt Wohnen gebündelt in einem Ministerium. „Das Thema darf nicht mehr hin- und hergeschoben werden“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, bei einer Tagung ihres Verbandes in Heidelberg. Flüchtlinge auf Wohnungssuche könnten der Anlass sein, neu nachzudenken und schneller als bisher zu Lösungen zu kommen. Bürgermeister und Experten für Recht, Immobilien und Finanzen diskutierten gestern über „Bauen, Wohnen, Recht“ in der Flüchtlingshilfe.

Architekt Franz Pesch forderte, der soziale Wohnungsbau müsse massiv angekurbelt werden – mit kreativen, günstigen Lösungen. „Die erste Innovation braucht man im Bereich der Finanzierung, die zweite bei der Planung und Umsetzung.“ Flüchtlinge in ausgedienten Militärgebäuden unterzubringen, könne nur eine kurzfristige Lösung sein. Heute-Bluhm betonte, die Städte seien kreativ, wenn man sie lasse. Nötig sei mehr Kooperation zwischen Land, Kommunen und Investoren, um Projekte gezielt gemeinsam anzugehen.

Um das Problem anzugehen, schlug Pesch vor, Flüchtlinge beim Bau ihrer Wohnungen einzubeziehen. „Eine Möglichkeit sind halbfertige Gebäude, die Bewohner selbst weiterbauen, wenn sie das Geld dazu haben.“ Sie könnten etwa später einen zusätzlichen Raum anbauen. „Man könnte eine fünf Meter lange Selbstbauzone freilassen im rückwärtigen Bereich des Hauses“, schlug Pesch vor.

Eine andere Möglichkeit wäre es seiner Ansicht nach, öfter auf Fertighauskultur zu setzen: preiswerte industrielle Fertigung. Die Bauzeit wäre kürzer, die Zinsen dadurch niedriger.

**Wörter:** 219**Urheberinformation:** (c) Badisches Tagblatt GmbH



**Autor:** Christine Cornelius

**Seite:** 7

**Ressort:** Baden-Württemberg

**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Gattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 6.505 (gedruckt)

5.778 (verkauft)

6.226 (verbreitet)

**Reichweite:** 0,01 (in Mio.)

## Neue Wege gegen die Wohnungsnot

### Städtetag - Architekt: Flüchtlinge beim Bau einbeziehen / Appell an Regierung

Heidelberg. Der Städtetag fordert von der künftigen Landesregierung einen Schwerpunkt Wohnen, gebündelt in einem Ministerium. »Das Thema darf nicht mehr hin- und hergeschoben werden«, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, bei einer Tagung Bauen, Wohnen, Recht« ihres Verbandes in Heidelberg.

Flüchtlinge auf Wohnungssuche könnten der Anlass sein, hier neu nachzudenken und schneller als bisher zu Lösungen zu kommen. Architekt Franz Pesch sagte, der soziale Wohnungsbau müsse massiv angekurbelt werden – mit kreativen, günstigen Lösungen. »Die erste Innovation braucht man im Bereich der Finanzierung, die zweite bei der Planung und Umsetzung.« Flüchtlinge in ausgedienten Militärgebäuden unterzubringen, könne nur eine kurzfristige Lösung sein. »Kasernen dürfen nicht auf Dauer zur Kasernierung von Zuwanderung führen.«

Die Wohnungsnot ist bereits jetzt groß. Experten warnen davor, dass sie sich durch Flüchtlinge auf Wohnungssuche noch verschärft. Ende Oktober 2014 hatten laut einer Studie des Sozialministeriums 22 789 Menschen im Südwesten keine feste Unterkunft.

Um das Problem anzugehen, schlug Stadtplaner Pesch vor, Flüchtlinge beim Bau ihrer Wohnungen einzubeziehen. »Eine Möglichkeit sind halb fertige Gebäude, die Bewohner selbst weiterbauen, wenn sie das Geld dazu haben.« Sie könnten etwa später einen zusätzlichen Raum anbauen. Eine andere Möglichkeit wäre es seiner Ansicht nach, öfter auf Fertighauskultur zu setzen: preiswerte industrielle Fertigung. Die Bauzeit wäre kürzer, die Zinsen dadurch niedriger.

**Wörter:**

211

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 11

Auflage: 36.477 (gedruckt)  
35.141 (verkauft)  
35.845 (verbreitet)

Ressort: Baden-Württemberg

Reichweite: 0,11 (in Mio.)

Gattung: Tageszeitung

## Flüchtlinge auf Wohnungssuche

### Städte denken über Lösungen nach – Architekt rät zu kreativen Alternativen

Christine Cornelius | *Heidelberg*

*Der Städtetag fordert von der künftigen Landesregierung einen Schwerpunkt Wohnen gebündelt in einem Ministerium. „Das Thema darf nicht mehr hin- und hergeschoben werden“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, bei einer Tagung ihres Verbandes in Heidelberg. Flüchtlinge auf Wohnungssuche könnten der Anlass sein, hier neu nachzudenken und schneller als bisher zu Lösungen zu kommen. Bürgermeister und Experten für Recht, Immobilien und Finanzen diskutierten gestern über „Bauen, Wohnen, Recht“ in der Flüchtlingshilfe. Architekt Franz Pesch betonte, der soziale Wohnungsbau müsse massiv angekurbelt werden – mit kreativen, günstigen Lösungen. „Die erste Innovation braucht man im Bereich der Finanzierung, die zweite bei der Planung und Umsetzung.“ Flüchtlinge in ausgedienten Militärgebäuden unterzubringen, könne nur eine kurzfristige Lösung sein. „Kasernen dürfen nicht auf Dauer zur Kasernierung von Zuwanderung führen.“ Heute-Bluhm meinte, die Städte seien kreativ, wenn man sie lasse. Nötig sei mehr Kooperation zwischen Land, Kommunen und Investoren, um Projekte gezielt gemeinsam anzugehen.*

*Die Wohnungsnot ist bereits jetzt groß. Experten warnen davor, dass sie sich durch Flüchtlinge auf Wohnungssuche noch verschärft. Ende Oktober 2014 hatten laut einer Studie des Sozialministeriums 22789 Menschen im Südwesten keine feste Unterkunft.*

*Um das Problem anzugehen, schlug Stadtplaner Pesch auf dem Kongress vor, Flüchtlinge beim Bau ihrer Wohnungen mit einzubeziehen. „Eine Möglichkeit sind halbfertige Gebäude, die Bewohner selbst weiterbauen,*

wenn sie das Geld dazu haben.“ Sie könnten etwa später einen zusätzlichen Raum anbauen. „Man könnte eine fünf Meter lange Selbstbauzone freilassen im rückwärtigen Bereich des Hauses“, sagte Pesch.

Eine andere Möglichkeit wäre es seiner Ansicht nach, öfter auf Fertighauskultur zu setzen: preiswerte industrielle Fertigung. „Das wird im öffentlichen Wohnungsbau noch zu selten gemacht“, sagte der Stadtplaner aus Dortmund. „Um Kosten zu senken, wäre das sicherlich gut.“ Die Bauzeit wäre kürzer, die Zinsen dadurch niedriger.

**Wörter:** 293

**Urheberinformation:** (c) Verlag J. Esslinger GmbH und Co. KG

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH

<b>Seite:</b>	20	<b>Gattung:</b>	Tageszeitung
<b>Ressort:</b>	Südwest	<b>Auflage:</b>	57.486 (gedruckt) 53.105 (verkauft) 55.249 (verbreitet)
<b>Rubrik:</b>	Heidelberger Nachrichten	<b>Reichweite:</b>	0,22 (in Mio.)
<b>Ausgabe:</b>	Hauptausgabe		

## „Wir müssen nicht billig und schnell bauen“

Kongress zur Flüchtlingsunterbringung in Heidelberg – Städtetags-Geschäftsführerin: „Müssen rauskommen aus Verhinderungspolitik“

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Zu einem ganztägigen „Forum“ zur Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen hatte der Städtetag Baden-Württemberg rund 100 Fachleute nach Heidelberg eingeladen. Städtetags-Geschäftsführerin Gudrun Heute-Bluhm (59, CDU, Foto: Philipp Rothe) sprach im Anschluss über Chancen für neue Wohnquartiere und rechtliche Hürden.

> Frau Heute-Bluhm, das Containerdorf am Stadtrand zur Flüchtlingsunterbringung: Hat das eine Zukunft?

Sicher nicht. Wir haben heute zeigen können, wie man auch mit verträglichen Kosten und verträglichen Zeiträumen zu integrierten Wohnformen kommt.

> Welche Ideen hat das Heidelberger Forum gebracht?

Eine erste erfreuliche Erkenntnis: Wir müssen nicht alle Standards einstampfen und alles billig und schnell bauen. Ziel sind gemischte Wohnquartiere, in denen höchstens ein Drittel der Wohnungen von Flüchtlingen bewohnt werden, aber auch kaufkräftigere Schichten Eigentumswohnungen erwerben. Solche Quartiere zu schaffen, ist nicht nur in Großstädten, sondern auch in kleineren und mittleren Kommunen möglich.

> Das ist die Theorie. Lassen sich solche Wohnviertel denn tatsächlich in kurzer Zeit hochziehen?

Ja, das kann ich aus eigener Kenntnis sagen. Die Geschwindigkeit ist abhängig davon, wie viele freie Flächen bereits zur Verfügung stehen. Beispiel Bad Krozingen: Da waren ausreichend Flächen im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Die Stadt hat sofort ein gutes, durchmisches Konzept entwickelt und ist auch in einem akzeptablen finanziellen Rahmen geblieben.

ben. In Stuttgart, Freiburg, Heidelberg ist es schwieriger, Flächen zu finden.

> Kritisiert werden regelmäßig die baurechtlichen Vorgaben durch das Land.

Sowohl im Artenschutz als auch im Klimaschutz müssen wir endlich rauskommen aus einer Verhinderungspolitik. Wir stehen zu den ehrgeizigen ökologischen Zielen und Vorgaben. Bisher wird jedoch immer noch eine Vorschrift obendrauf gepackt. Wir müssen umdenken und neue Konzepte für den Erhalt oder die Schaffung von Ersatzlebensräumen diskutieren. Wenn wir beispielsweise einen großen Flussabschnitt renaturieren, kann das wichtiger sein als fünf neue kleine Streuobstwiesen – und dann kann man gegenrechnen. Auch beim Klimaschutz muss es ja nicht immer nur um neue Dämmschichten gehen. Die Stadtplaner arbeiten an integrierten Konzepten, um den Verbrauch pro Person zu senken.

> Wie sieht es finanziell aus: Muss das Land den Kommunen mehr unter die Arme greifen?

Ja. Wir brauchen neues, frisches Geld. Wenn jährlich 75 000 neue Wohnungen in Baden-Württemberg gebraucht werden, der freie Markt aber bisher nur die Hälfte leistet, brauchen wir mehr Engagement im Sozialen Wohnungsbau. Finanzminister Nils Schmid hat in Aussicht gestellt, 5000 Wohnungen zusätzlich zu fördern. Wir fordern eine Zuschussförderung nach bayerischem Vorbild. Das ist ein Weg, aber zahlenmäßig nicht ausreichend.

> Hier wurde vorgetragen, nur 10 bis 20 Prozent des Wohnungsbedarfs komme durch Flüchtlinge. Also haben die Kommunen schon über Jahre versäumt, aktiv zu werden?

So pauschal kann man das nicht sagen. Die Kommunen haben in vielen Fällen nicht reagiert. Versäumt klingt aber, als hätten die Städte den Schwarzen Peter. Finanziell sind viele schlicht nicht in der Lage, den Wohnungsbau zu subventionieren, und das ist auch nicht ihre Aufgabe. Viele versuchen aber, den Weg über Querfinanzierung beispielsweise durch ihre städtischen Baugesellschaften zu gehen. Dafür brauchen wir aber rechtliche Spielräume. Auch private Investoren kann man zu bestimmten Maßnahmen verpflichten. So etwas geschieht bereits in vielen Städten.

> Gemeinde- und Städtetag waren immer wieder scharfe Kritiker der grün-roten Regierung. Ändert sich das mit Grün-Schwarz?

Der Städtetag war nie ein „sehr scharfer Kritiker“. Wir haben konstruktiv mitgewirkt. Was wir fordern, ist eine Kostenerstattung – das hat aber nichts mit der Parteifarbe zu tun. Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen fordern wir eine hohe Priorität für den Wohnungsbau. Wir würden die verschiedenen Aspekte gerne unter einem einzigen Ministeriumsdach konzentriert sehen. Das wäre ein gutes Signal für einen parteiübergreifenden Schwerpunkt Wohnen.

> Hofft man als CDU-Bürgermeister künftig auf einen besseren Draht in die Regierung?

Für den Städtetag kann mich nicht über einen schlechten Draht zur bisherigen Regierung beklagen, auch wenn wir mit dem Ergebnis nicht immer zufrieden waren. Auch künftig wird es nicht um Parteibücher gehen, sondern darum, wie Land und Kommunen mit ihren Ressourcen aufeinander zugehen und miteinander umgehen. Ich hoffe natürlich auch, dass die CDU immer mehr merkt, was sie an ihren Städten und Gemeinden hat.

**Wörter:**

654

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH

<b>Autor:</b>	lsw	<b>Gattung:</b>	Tageszeitung
<b>Seite:</b>	5	<b>Auflage:</b>	0 (gedruckt) 0 (verkauft) 0 (verbreitet)
<b>Ressort:</b>	LANA	<b>Reichweite:</b>	0,11 (in Mio.)
<b>Ausgabe:</b>	Hauptausgabe		

## Flüchtlinge ohne Wohnung: Städte suchen Lösungen

**Heidelberg** *lsw* Der Städtetag fordert von der künftigen Landesregierung einen Schwerpunkt Wohnen gebündelt in einem Ministerium. „Das Thema darf nicht mehr hin und her geschoben werden“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, bei einer Tagung in Heidelberg. Flüchtlinge auf Wohnungssuche könnten der Anlass sein, hier neu nachzudenken und schneller zu Lösungen zu kommen. Bürgermeister und Experten für Recht, Immobilien und Finanzen diskutierten am Dienstag über „Bauen, Wohnen, Recht“ in der Flüchtlingshilfe. Die Wohnungsnot ist bereits jetzt groß. Experten warnen davor, dass sie sich durch Flüchtlinge auf Wohnungssuche noch verschärft. Ende Oktober 2014 hatten laut einer Studie des Sozialministeriums 22 789 Menschen im Südwesten keine feste Unterkunft. Um das Problem anzugehen, schlug Stadtplaner Franz Pesch auf dem Kongress vor, Flüchtlinge beim Bau ihrer Wohnungen mit einzubeziehen.

**Wörter:** 125

<b>Autor:</b>	lsw	<b>Gattung:</b>	Tageszeitung
<b>Seite:</b>	5	<b>Auflage:</b>	19.110 (gedruckt) 17.754 (verkauft) 17.908 (verbreitet)
<b>Ressort:</b>	LAPO	<b>Reichweite:</b>	0,04 (in Mio.)
<b>Ausgabe:</b>	Hauptausgabe		

## Städtetag

### Wohnungsbau soll Schwerpunkt werden

Der Städtetag fordert von der künftigen Landesregierung einen Schwerpunkt Wohnen gebündelt in einem Ministerium. „Das Thema darf nicht mehr hin- und hergeschoben werden“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, in Heidelberg. Flüchtlinge auf Wohnungssuche könnten der Anlass sein, hier neu nachzudenken und schneller als bisher zu Lösungen zu kommen. Bürgermeister und Experten für Recht, Immobilien und Finanzen diskutierten am Dienstag über „Bauen, Wohnen, Recht“ in der Flüchtlingshilfe.

Architekt Franz Pesch sagte, der soziale Wohnungsbau müsse massiv angekurbelt werden – mit kreativen, günstigen Lösungen. „Die erste Innovation braucht man im Bereich der Finanzierung, die zweite bei der Planung und Umsetzung.“ Flüchtlinge in ausgedienten Militärgebäuden unterzubringen könne nur eine kurzfristige Lösung sein. Kasernen dürften aber nicht auf Dauer zur „Kasernierung von Zuwanderern führen“. lsw

**Wörter:** 124



**Autor:** WOLFGANG RISCH

**Seite:** 6

**Ressort:** Südwestumschau

**Gattung:** Tageszeitung

**Auflage:** 294.570 (gedruckt)  
278.120 (verkauft)  
284.693 (verbreitet)

**Reichweite:** 0,76 (in Mio.)

## Kasernen sind keine Dauerlösung

Viele Flüchtlinge sind auf Wohnungssuche - Lösungen schnell gesucht

Der Städtetag fordert, dass ein Ministerium der zukünftigen Landesregierung sich mit dem Schwerpunkt Wohnen befasst. Zudem muss der soziale Wohnungsbau stark angekurbelt werden.

Dass eine unglaubliche Dynamik in die Diskussion um den Wohnungsbau gekommen ist, liege schlicht daran, "dass vergessen worden ist, Wohnungen zu bauen". Die jüngst im Amt bestätigte Fellbacher Baubürgermeisterin Beatrice Soltys beklagte gestern bei einem Forum des Städtetags Baden-Württemberg in Heidelberg, dass jährlich 80 000 Wohnungen im Land gebraucht, aber nur 35 000 gebaut würden.

In der Tagung mit dem Schwerpunkt Flüchtlingshilfe gehe es nicht um einen Austausch unter Politikern, sondern über fachliche Grenzen hinweg, sagte die Hauptgeschäftsführerin des baden-württembergischen Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm. Trotz aller Schwierigkeiten schafften es die Städte im Land, die Herausforderung zu meistern. Gleichwohl, so die frühere Lörracher Bürgermeisterin, dürfe "das Thema nicht mehr hin- und hergeschoben werden" und müsse sich in einem Ministerium mit dem Schwerpunkt Wohnen niederschlagen. Trotz aller Erfolge, sagte auch der Heidelberger Sozialbürgermeister Joachim Gerner, seien in der Frage der Flüchtlingsunterbringung bisher "nur Etappenziele erreicht".

Flüchtlingsunterkünfte in ehemaligen Kasernen einzurichten, sei nur eine kurzfristige Lösung, sagte der Dortmunder Stadtplaner und Architekt Franz Pesch. Er forderte ein Konzept für ebenso preiswerten wie bezahlbaren Wohnraum. "Es war ein Fehler, den sozialen Wohnungsbau einzuschränken", sagte Pesch, diese Politik räche sich jetzt. Eine vorläufige

schnelle Unterbringung der Flüchtlinge und langfristige Lösungen im Wohnungsbau seien nur schwer unter einen Hut zu bringen, betonte der Freiburger Leitende Stadtrechtsdirektor Matthias Müller. Das gelte für die Städte Freiburg und Heidelberg gleichermaßen, die "Spitzenreiter in teurem Wohnen". Man dürfe die Problematik nicht auf die aktuelle Situation reduzieren, mahnte der Heidelberger Bürgermeister Gerner. "Wenn die Menschen angekommen sind, sind sie keine Flüchtlinge, sondern Neubürger, die bezahlbaren Wohnraum suchen."

Nicht Großzelnlager seien die Lösung, sondern eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden. Integration verlange nach neuen Wegen des Wohnungsbaus, sagte Pesch. Würden einzelne Räume jetzt zum Aufstellen von zwei Betten genutzt, müssten die Häuser so angelegt sein, dass daraus ohne größere Umbauten Drei-Zimmer-Wohnungen entstehen können, so der Stadtplaner.

Beatrice Soltys, auch stellvertretende Vorsitzende der baden-württembergischen Architektenkammer, bestätigte, dass das Planungsrecht im Südwesten Zwischenlösungen bedinge. Es sei ein Kampf gegen den Paragrafenschwengel. Pesch nannte als preiswerte Möglichkeit die Modulbauweise auch bei Mehrfamilienhäusern. Diese ermögliche eine weitere Kostensenkung, indem die Gebäude nicht vollendet, sondern von den Bewohnern selbst fertig gebaut würden.



Flüchtlingsunterkunft in der Heidelberger Patton-Kaserne: Nur als kurzfristige Lösungen geeignet. Foto: dpa

**Wörter:**

389

**Ort:**

Heidelberg

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH

**Seite:** Online 12.04.2016, 22:03 Uhr **Nummer:** 1669239237  
**Gattung:** Online-Quelle  
**Weblink:** <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/fluechtlinge-auf-wohnungssuche-x1x>

## Flüchtlinge auf Wohnungssuche

Städtetag fordert von künftiger Landesregierung, das Thema Wohnen zentral in einem Ministerium zu bündeln.

HEIDELBERG. Viele Flüchtlinge leben in Kasernen, doch das ist keine Dauerlösung. Die Städte brauchen nun noch mehr günstigen Wohnraum – und zwar schnell. Und sie beklagen Versäumnisse.

Dass eine unglaubliche Dynamik in die Diskussion um den Wohnungsbau gekommen ist, liege schlicht daran, "dass vergessen worden ist, Wohnungen zu bauen". Die kürzlich im Amt bestätigte Fellbacher Baubürgermeisterin Beatrice Soltys monierte am Dienstag bei einem Forum des Städtetags Baden-Württemberg in Heidelberg, dass jährlich 80 000 Wohnungen im Land gebraucht, aber nur 35 000 gebaut würden. Experten warnen davor, dass sich die Not durch Flüchtlinge auf Wohnungssuche verschärft. Ende Oktober 2014 hatten laut einer Studie des Sozialministeriums 22 789 Menschen im Südwesten keine feste Unterkunft.

Auf der Tagung mit dem Schwerpunkt Flüchtlingshilfe sagte die Hauptgeschäftsführerin des baden-württembergischen Städtetags, Gudrun Heute-Bluhm, dass die Städte im Land trotz aller Schwierigkeiten die Herausforderung meistern würden. Gleichwohl meinte die frühere Lörracher Oberbürgermeisterin auch mit Blick auf die künftige Landesregierung, dass das Thema nicht mehr hin- und hergeschoben werden dürfe. Es müsse sich in einem Ministerium mit dem Schwerpunkt Wohnen niederschlagen. Trotz aller Erfolge, sagte auch der Heidelberger Sozialbürgermeister Joachim Gerner, seien in der Frage der Flüchtlingsunterbringung bisher "nur Etappenziele erreicht".

Flüchtlingsunterkünfte in ehemaligen Kasernen einzurichten sei nur eine kurzfristige Lösung, sagte der Dortmunder Stadtplaner und Architekt Franz Pesch. Er forderte ein Konzept für ebenso preiswerten wie bezahlbaren Wohnraum. "Es war ein Fehler, den sozialen Wohnungsbau einzuschränken", sagte Pesch, diese Politik räche sich jetzt.

Eine vorläufige schnelle Unterbringung der Flüchtlinge und langfristige

Lösungen im Wohnungsbau seien nur schwer unter einen Hut zu bringen, betonte Matthias Müller vom Freiburger Rechtsamt. Das gelte für die Städte Freiburg und Heidelberg gleichermaßen, die "Spitzenreiter in teurem Wohnen" seien. In Freiburg komme noch die geografische Lage hinzu. "Aber wir sind auf vielen Wegen unterwegs", versicherte Müller. Man dürfe die Problematik nicht auf die aktuelle Situation reduzieren, mahnte Heidelbergs Bürgermeister Gerner. "Wenn die Menschen angekommen sind, sind sie keine Flüchtlinge, sondern Neubürger, die bezahlbaren Wohnraum suchen." Nicht Großzeltlager seien die Lösung, sondern eine dezentrale Unterbringung.

Integration verlange nach neuen Wegen des Wohnungsbaus, forderte Pesch. Beatrice Soltys, auch stellvertretende Vorsitzende der baden-württembergischen Architektenkammer, bestätigte, dass das Planungsrecht im Südwesten Zwischenlösungen bedinge. Es sei ein Kampf gegen die Paragrafenschungel, sie könne nur mit Neid nach Rheinland-Pfalz schauen. Pesch nannte als preiswerte Möglichkeit die Modellbauweise auch bei Mehrfamilienhäusern. Diese ermögliche eine weitere Kostensenkung, indem die Gebäude nicht vollendet, sondern von den Bewohnern selbst fertig gebaut würden. So entstünde preiswerter Wohnraum.

Soltys verwies darauf, dass die Problematik nicht auf die aktuelle Flüchtlingssituation verkürzt werden dürfe. Sie verwies auf das Ergebnis einer am gleichen Tag veröffentlichten Studie, wonach ab dem Jahr 2030 jeder zweite Rentner unter Altersarmut leide.

**Abbildung:** Ein Flüchtling in ehemaliger Kaserne Foto: dpa.  
**Wörter:** 461

© 2016 PMG Presse-Monitor GmbH